



Bedrohung für unsere Demokratie – TTIP, CETA & Co. stoppen

Das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP, ist ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese beiden Wirtschaftsmächte nehmen bereits jetzt 44 % der globalen Wirtschaftsleistung ein. Ein Abschluss würde wirtschaftlich schwache Länder weiter zurückdrängen. Das gleiche Bild zeigt sich bei den Verhandlungen für ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Europa und Kanada - „*Comprehensive Economic and Trade Agreement*“ (CETA) genannt. *Der CETA-Text steht trotz massiver Kritik bereits kurz vor der Ratifizierung.*

Die Verhandlungen zu beiden Abkommen finden im Geheimen statt. Die fehlende Transparenz und das Nicht-Einbinden der Zivilgesellschaft widersprechen unserem Demokratieverständnis.

Ziel der Abkommen ist es, „Handelshemmnisse“ abzubauen, zu denen Sozial- und Umweltstandards oder zum Beispiel Vorschriften über die Sicherheit von Lebens – oder Arzneimitteln oder gehören. Es ist weithin bekannt, dass es hier zwischen den USA und Deutschland enorme Unterschiede gibt. Die Gefahr, dass sich jeweils die niedrigeren Standards durchsetzen, ist groß. Das können und wollen wir nicht zulassen.

Noch dazu sollen Unternehmen mit Hilfe von externen Schiedsgerichten gegen einen der beteiligten Staaten klagen können, sofern sie eine Gesetzesänderung als Gefährdung ihres Gewinnstrebens ansehen. Die Entscheidung wird von hoch bezahlten Juristen gefällt und nicht von unabhängigen Gremien. Rechtsstreitigkeiten können dann negativ zu Lasten des Staates entschieden werden, wenn die großen US-Konzerne den Wettbewerb als zu reguliert ansehen. Der Einfluss großer Unternehmer auf die Politik wird somit gesteigert.

Ebenfalls besorgniserregend ist die angestrebte Liberalisierung im öffentlichen Beschaffungs- und Vergabewesen. Die Einhaltung von sozialen und ökologischen Zielen wird hierdurch erschwert. Es besteht zudem die Gefahr, dass kleinere, regionale Unternehmen dem aufkommenden Wettbewerb nicht mehr standhalten können.

Auch für uns als Jugendverbände sehen wir in TTIP große Gefahren - zum einen als außerschulische Bildungsorte, zum anderen als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche und als Werkstätten der Demokratie!

§ 29 der UN-Kinderrechtskonvention sichert Jugendlichen und Kindern das Recht auf eine Bildung zu, die ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringt. Dieses Recht würde durch ein Vorantreiben der Ökonomisierung des Bildungssektors weiter ausgehöhlt werden. Schon jetzt ist es so, dass Bildung zu einem großen Teil auf den Aspekt der Verwertbarkeit in beruflichen Kontexten reduziert wird. Dieses ist eine schwerwiegende Verkürzung, die letztendlich zu Lasten einer

umfassenden Bildung von Kindern und Jugendlichen geht. Wenn Bildung künftig vor allem ökonomischen Logiken und Zwängen unterworfen wird, geht das auf Kosten der freien Entfaltung von Kindern und Jugendlichen.

Wir sehen die Gefahr, dass die Infrastruktur kommunaler Dienstleistungen und damit auch unsere Angebote als freie und öffentlich geförderte Träger durch TTIP in Frage gestellt werden. Das hätte eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung unseres Sektors zur Folge.

Wir sind der Meinung: Bildung darf nicht zur Handelsware verkommen! Öffentlich geförderte Träger und Einrichtungen der non-formalen Bildung müssen im Sinne der Daseinsvorsorge als öffentliche Bildung anerkannt und mindestens von den Verhandlungen ausgenommen werden.

Die Anwaltschaft für die Rechte von Kindern und Jugendlichen durch uns als freie und öffentliche Träger darf nicht durch einen Verlust an Einflussnahme geschwächt werden. Die Interessen internationaler Konzerne und die Praxis von Schiedsgerichtshöfen darf nicht die Kraft der Zivilgesellschaft als Gegengewicht zu Politik und Wirtschaft zurückdrängen.

Bildung und Demokratie gehen uns alle etwas an: Sie sind der Motor für eine freie und offene Gesellschaft. Unser Anspruch als Jugendorganisation sind Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen. Deshalb müssen wir in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs an Entscheidungen - besonders an denen, die Kinder und Jugendliche betreffen - beteiligt werden. Ist dies in den Verhandlungen zu TTIP weiterhin nicht der Fall, werden die öffentliche Verantwortung für Bildung und Demokratie und die zivilgesellschaftlichen Kräfte unserer Gesellschaft ausgehebelt!

Wir fordern daher, dass die TTIP-Verhandlungen sofort beendet werden und das CETA-Abkommen zurückgenommen wird.